< 2. Jahrgang Nr. 5 Mai 1974 >

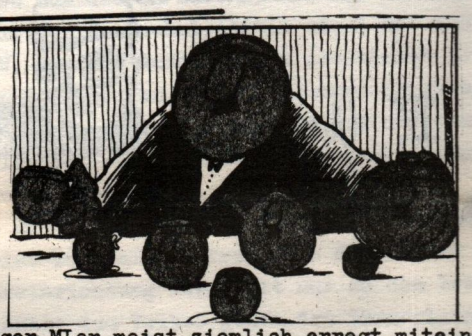
CARLO Sponti

50 Pf Volkspreis

Inhalt:

1. Der Kampf des KBW um die Köpfe der Studenten ... . S. 1-7
2. Zum Frankfurter April-Seminar (Politische Praxis und persönliche Emanzipation) ... S. 8

Der Kampf des KBW um die Köpfe der Studenten



I.

Die"undogmatische Linke" verhielt sich gegenüber den verschiedenen "ML - Gruppen" bisher fast ausnahmslos nur schlicht negatorisch. Aus vielen richtigen Kritikpunkten an diesen Gruppen wurde nur der Schluß gezogen, daß man das, was die MLer machen, auf keinen Fall tun dürfe; alles was von dem MLern aufgegriffen und verwaltet wurde, wurde fast gleichzeitig für die undogmatische Linke mit einem Tabu versehen, das nicht überschritten werden darf :
MLer ließen die SChulung jüngerer Genossen zu Bibellesungen mit Auswendiglernen verkommen, wir zogen den Schluß daraus, daß Schulungen überhaupt Scheiße sind.
MLer werden von ihren jeweiligen Organisationen mit "Tagungen", "Ausschüssen","Komitees " usw so überhäuft, daß sie immer mehr zu wandelnden Terminkalendern wurden, denen man den Frust auf Meter Entfernung ansieht. Bei uns gilt es seither als besonders schick und emanzipiert, möglichst unpünktlich bei Verabredungen zu sein und des öftern überhaupt nicht zu kommen.
MLer machten aus dem analytischen Vokabular, das Marx für uns herausgearbeitet hatte, den "bösen Herrn Monopolkapital" und die "gute Frau Arbeiterklasse", die sich überall in der Gesellschafft grundwidersprüchlich in den Haaren liegen.
Wir verzichteten darauf, überhaupt noch mit politökonomischen Kategorien zu arbeiten, flüchteten uns in den Bereich der Sozialpsychologie, da wir uns dort vor analfixierten MLern sicher wähnten (seid auf der Hut, ich hab vor kurzem gesehen,wie einer von denen Duhm las).
Kurz, wir fühlten uns recht wohl in dem Bild, das man sich von uns gemacht hat und das landläufig "Sponti" heißt. Je ausgeflippter, desto besser,entkommt man doch so dem Verdacht, ein Bürokrat mit Matsch im Hirn zu sein.
Wir übersahen bei unserer bisherigen Kritik, daß es gerade darauf ankommt, die bornierte Form , in der die MLer politische Probleme aufgreifen, zu entlarven, um die dabei verschütt gegangenen linken Inhalte zur Geltung bringen zu können.

Nicht in der schlichten Negation zu den verschiedenen "Partei-Aufbaugruppierungen" liegt die Alternative, sondern in einem weitertreibenden Aufarbeiten der Fehler, die dazu führen, daß eine Organisationsform über die dabei verwalteten linken Inhalte siegt:

Schulungen müssen zum Inhalt haben, das Wissen einzelner Genossen zu vergesellschaften, ohne daß diesen sofort eine Ja- oder Neinentscheidung abgerungen wird. Auf die emanzipatorischen Erfahrungen, die bei solidarischer Wissensvermittlung und Erarbeitung von Problemen gemacht werden können, dürfen wir nicht verzichten unter Hinweis auf die schulmeisterliche Form, unter der sich bei MLern Vermittlung von Pseudowissen abspielt.

Disziplin z.B. bei der Einhaltung von Terminen ist nicht per se schon verdächtig, sondern grundsätzlich eine wichtige Voraussetzung für die Verbindlichkeit politischer Arbeit.Wir überwinden den Kadavergehorsam der MLer nicht durch Schnoddrigkeit, sondern eher dadurch, daß wir z.B. die Schwierigkeit, die ein Genosse oder eine Genossin mit Freundin oder Freund haben, als genau so wichtig ansehen, wie von mir aus ein Flugblatt, das gegen den BuFW geschrieben werden muß.

Mit den hier gewählten und andiskutierten Beispielen haben wir natürlich noch nicht das große Ei gelegt, an dem die MLer ganz schön was auszulöffeln haben. Überhaupt müssen wir uns angewöhnen, Debatten, die innerhalb von ML-Gruppen geführt werden, nicht überlegen lächelnd an uns vorbeiziehen zu lassen. Wir werden erst dann glaubhaft, wenn wir von einer abstrakten Ablehnung von "ML-Positionen" herunterkommen und in der Lage sind, eine auf sehr konkrete Punkte bezogene Kritik zu formulieren.

Seit ungefähr zwei Monaten sieht man z.B. die Heidelberger MLer meist ziemlich erregt miteinander diskutieren, wobei sie sich gegenseitig aus einem braunen Heft vorlesen, das den Titel trägt:"Die Arbeit der Kommunisten unter den Studenten". Dieses Papier des KBW dokumentiert den "Kampf zweier Linien" zur "richtigen Organisation der Volkskämpfe".

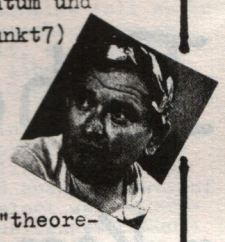
Wir wollen nun im weiteren zuerst den Stand der Auseinandersetzungen innerhalb des KBW und seiner "sympathisierenden Gruppen" wiedergeben (soweit dies überhaupt an Hand dieses 39 Seiten langen, mit schwülstigen Formulierungen vollgepfropften Papiers möglich ist), um dann unseren Senf dazu zu geben.

II Der KBW-Beschluß

Die Auseinandersetzung innerhalb des KBW , auf die wir uns beziehen, entzündete sich an einem Beschluß des ZK des KBW vom 15.12. 73. Damals beschloß dieses ZK, daß es nicht richtig sei, wenn dessen kommunistische Studenten eine eigene Studentenorganisation auf Bundesebene gründen und neben der KVZ eine Studentenzeitung herausgeben würden(Beschluß des ZK Punkt 5 und 8). Vielmehr sollen diese kommunistischen Studenten vorrangig in den Ortsgruppen des KBW mitarbeiten, um aus dem "ständisch bornierten Bereich" der Hochschule herauszukommen. Ihre Arbeit soll in Zukunft in der Unterstützung der außerhalb der Uni stattfindenden Volkskämpfe ihren Schwerpunkt finden (Punkt 8 bis 12 des Beschlusses); die Arbeit der Kommunisten an der Hochschule selbst soll sich darauf beschränken, durch "Enthüllungs - und Entlarvungstätigkeit " einerseits (Punkt 5) und durch den Verkauf der KVZ andererseits (Punkt6) weitere Studenten aus der Hochschule herauszubrechen, um auch sie für den Volkskampf außerhalb der Uni zu gewinnen.

Daneben sollen die Kommunisten den "bornierten Kampf der Studenten um ihre akademischen Rechte" nur soweit unterstützen, als sich diese Studenten "dabei gegen den bürgerlichen Staat wenden" (Punkt 3)

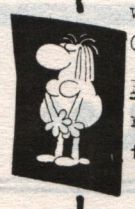
Das ZK meint weiter, daß man nur dann, wenn man den "Kampf" an der Hochschule auf diese Punkte beschränkt, die Fehler vermeidet, die kommunistische Studenten bisher beim Propagieren des demokratischen Kampfes begingen.
Da der bisherige Kampf sich auf die Sicherung akademischer Freiheiten an den Hochschulen beschränkte, ließ dies laut ZK auf ein ständiges Schwanken zwischen" einem abstrakten Propagandistentum und reformistischer Plänemacherei" hinaus (Punkt7)

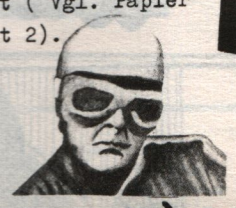


III. Linie Nr. 2 :

Gegen diesen Beschluß des ZK, auf dessen "theoretische Untermauerung"später einzugehen sein wird, macht sich nun innerhalb des KBW eine Fraktion von Studenten stark, die entgegen "der Linie des ZK" der Ansicht sind, daß ein demokratischer Kampf an der Hochschule selbst, auch offensiv geführt, möglich ist.
Sie wehren sich dagegen, aufgrund dieses Beschlusses ihren Arbeitsbereich aus der Hochschule herausverlagern zu müssen und an der Uni nur noch zu "entlarven und enthüllen" und die KVZ zu verkaufen (So Heidelberger Genossen,Papier S. 22).

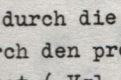
Sie stellen an das ZK die sicherlich nicht unberechtigte Frage, was das für Volkskämpfe sein sollen, die angeblich außerhalb der Hochschule schon stattfänden, und einen Abzug ihrerseits von der Hochschule notwendig machen würden (S. 22).
Sie wollen den Kampf an der Hochschule weiterhin offensiv führen als "Kampf gegen die Staatsaufsicht" und " Für Volkskontrolle der Hochschulen" (So Göttinger Genossen, S. 1o und 12), und wehren sich gegen das ZK, das die Forderung nach Volkskontrolle der Hochschulen durch die Losung " Kontrolle der Hochschulen durch den proletarischen Staat" zu ersetzen trachtet (Vgl. Papier S. 1o und 12 sowie Beschluß Punkt 2).



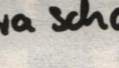


IV. Unser Senf (extra scharf?)

Laut ZK ist dessen Beschluß davon getragen, die "Einheit des Volkes gegen den bürgerlichen Staat herzustellen" (Beschluß Punkt 8).
Dies ist unserer Ansicht nach die zentrale Aussage des ganzen Papiers und darüber hinaus eines der Grunddogmen aller ML - Gruppen :
Die linke Bewegung wird nur noch begriffen als ein bewaffneter Kampf gegen den bürgerlichen Staat. Jeder Kommunist hat sich diesem einen Ziel, der Vernichtung des bürgerlichen und der Errichtung eines proletarischen Staates nach gelungener Revolution unterzuordnen.
Die Organisation (also der KBW) hat sich vorrangig daran zu orientieren, eine zentrale Kampfführung der straff gegliederten Kommunisten zu gewährleisten.



So begründet auch das ZK die Ablehnung eines eigenständigen kommunistischen Studentenbundes mit der Effektivität des kommunistischen Kampfes gegen den bürgerlichen Staat:
"Eine Zentralisierung der Kampfführung kann, da es gegen den bürgerlichen Staat geht, nur von einer Stelle aus geschehen und nicht für jeden Bereich der Gesellschaft isoliert erfolgen." (Beschluß Punkt 8)

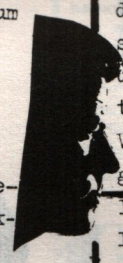


Im Programm des KBW heißt es noch schlichter:
"Die westdeutschen Kommunisten betrachten sich als eine Abteilung der Weltarmee des Proletariats."(Programm S.7)
Dies klingt alles sehr radikal und revolutionär.

Eine Argumentation, die gegen diese einseitige Fixierung auf den bürgerlichen Staatsapparat von Seiten einer linken Bewegung angeht, scheint von vornherein in opportunistisches oder reformistisches Fahrwasser geraten zu müssen.
Wir sehen uns daher gezwungen, zuerst einige allgemeine Ausführungen zu der Staatsform machen zu müssen, um dann mit unsrer konkreten Kritik fortfahren zu können:

Der Staat, egal ob mit dem Adjektiv "bürgerlich" oder "proletarisch" versehen, ist nichts anderes als der sichtbare Ausdruck bürgerlicher Verkehrsformen, die den gesellschaftlichen Zusammenhang über die Wertabstraktion des Warentauschs und der Austeilung des gesellschaftlichen Reichtums in isolierte Eigentumsbereiche herstellen.

Der Staat als Garant dieser Eigentumsbereiche, zwischen denen Warentausch stattfindet, stirbt nur ab, wenn sich im Produktionsbereich selbst neue Formen zwischenmenschlicher Beziehungen bezogen auf die Herstellung und Verteilung von Gebrauchswerten herausbilden, die nicht über die Wertabstraktion vermittelt sind unddie Menschen nicht zwingen, sich zu den anderen als Privateigentümer ihres Anteils an dem gesellschaftlichen Reichtum zu verhalten.



Grundlegender Bezugspunkt bei dieser Frage ist das Eigentumsverhältnis an Produktionsmitteln, wobei es nur sehr unwesentlich darauf ankommt, ob z.B. eine Aktiengesellschaft oder ein "proletarischer" Staat die aus dem Eigentum an Produktionsmitteln abgeleitete Verfügungsmacht über fremde Arbeitskraft innhat.

Eine Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, sowohl der Produktionsweise als auch der dadurch bedingten Verkehrsformen , kann nur erfolgen, wenn die unmittelbaren Produzenten in die Lage versetzt werden, selbsttätig in solidarischem Handeln über den Einsatz der Produktionsmittel innerhalb des kooperativen Arbeitsprozesses zu bestimmen; wenn sie bei der Abstimmung ihres den Fähigkeiten des Einzelnen entsprechenden Leistungsvermögens mit der Schaffung und Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Reichtums beteiligt werden durch Teilnahme an der Erstellung eines Gesamtplans.

Eine Voraussetzung für eine solche Revolutionierung der Produktionsverhältnisse und der Produktionsweisen ist sicherlich die Zerschlagung des

staatlich organisierten bürgerlichen Gewaltapparates. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch im Auge

zu behalten, wie die Produzenten in die Lage versetzt werden können, heute schon die Erfahrung zu machen, daß ein gesellschaftliches Verhältnis ohne das Dazwischentreten fremder Instanzen wie Geld, Bürokratie, Recht, Kirche usw. möglich ist.

Erst die Erfahrung der eigenen Mächtigkeit jedes Einzelnen, der die Produktionsmittel für die herrschende Klasse bedient, und der auch in der Lage ist, diese Produktionsmittel lahm zu legen und für sich und seine Kollegen wieder in Betrieb zu nehmen, erlaubt es dem Einzelnen, wirklich Alternativen zu der allmächtig erscheinenden kapitalistischen Realität zu denken und anzugehen.

Um diese Erfahrungen machen zu können, müssen aber die vom KBW beschworenen"fortschrittlichen Menschen" gerade mit der Produktionsweise ihres eigenen Arbeitsbereiches in Verbindung bleiben. Sie müssen mit dem Erfahrungsgehalt der arbeitenden Kollegen konfrontiert werden.

Wirkliche Gegenmacht mit revolutionärer Perspektive, auf die es dem KBW so vorrangig ankommt,, kann sich nur bilden aus der Kenntnis der Arbeitsweise und Bedürfnislage verschiedener gesellschaftlicher Gruppen heraus;in der Zusammenarbeit mit den Menschen, die durch die Revolution befähigt werden sollen, die Produktionsmittel zu ergreifen und selbstständig anzuwenden. Überall,, wo sich heute schon Formen kooperativer Arbeit unter Veränderung der vorgegebenen Produktionsweise herausbilden, wird ein Stück staatlicher Ordnung beseitigt, verliert der Staat seine Funktion als juristischer Mittler zwischen isolierten Privateigentümern.
Dieses Problem sieht der KBW allerdings auch, wenn er in seinem Programm formuliert:

"Das Proletariat, das sich als herrschende Klasse organisiert, richtet die Tätigkeit seiner Staatsmacht von vornherein bewußt darauf aus, den von der Gesellschaft abgesonderten Charakter der staatlichen Tätigkeiten zu überwinden und sie in gesellschaftliche Tätigkeiten des freien Arbeitervolkes zu verwandeln" (Programm des KBW S.17)
Für den KBW ist diese"Änderung der Staatstätigkeit" die eine Revolutionierung der Produktionsweisen vorraussetzt ein rein nachrevolutionäres Problem:
"Unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Didak
Diktatur,d.h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und ihre Ausübung in einer solchen Form, die es ihm ermöglicht, auf der Basis umfassender und direkter Demokratie für die arbeitenden Massen den Widerstand der Ausbeuter bei der Vollendung der sozialen Revolution zu brechen(Programm S.16).
In der heutigen vorrevolutionären Situation (wollen wirs doch hoffen) ist für den KBW allerdings die Bezugnahme auf konkrete Arbeitsbereiche, die Frage , wie sich heute schon Formen kooperativer Arbeit herausbilden können,kein Problem. Im Gegenteil versucht das ZK in seinem Beschluß , Genossen aus ihrem Lebensbereich künstlich herauszulösen, um sie allseitig verfügbar in den abstrakt politischen Bereich des KBW eingliedern zu können:
Der KBW hat zu den einzelnen Lebensbereichen der Menschen , in denen sie Unterdrückung , Ausbeutung , Entfremdung sinnlich erfahren, ein rein instrumentelles Verhältnis. Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen , um ein Jugendzentrum oder um ein Frauenzentrum ist für den KBW nur ein beliebiger Anknüpfungspunkt , um den in diesen Kampf verwickelten "fortschrittlichen Menschen" die Unterdrückungsfunktion des bürgerlichen Staates klar zu machen.

Durch"Enthüllungs- und Entlarvungstätigkeit" soll kleinen , selbstständig arbeitenden Gruppen ihre Hilflosigkeit gegenüber dem bürgerlichen Staat bewußt werden. Sie sollen zu der Erkenntnis gelangen, daß sie sich in den KBW einzugliedern haben um ihre Ziele, auf Grund derer sie gegen den bürgerlichen Staat aufbegehrten, dann später, nach gelungener Revolution im Sozialismus verwirklichen zu können.
Bis dahin haben sie revolutionäres K"ein- Klein zu machen, sich überall agitatorisch hinzubewegen, wo das ZK es für richtig erachtet, nur nicht mehr an der Herausbildung neuer Arbeitsformen in dem Bereich zu arbeiten, aus dem sie in denKBW gekommen sind.
Ein gewisser Maier, Nachbeter des KBW-Beschlusses, formuliert dies in dem hier diskutierten Papier noch einmal sehr genau:"Weil aber die Herstellung der demokratisch organisiertenEinheit des Volkes gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat der Weg ist zur Eroberung der politischen Macht und nicht das Einsickern in verschiedene gesellschaftliche Bereiche und staatliche Einrichtungen, darum gerade ist es notwendig, die Schranken der einzelnen Bereiche, die das Volk trennen,zu überwinden." (Papier "Die Arbeit der Kommunisten" S.32)

Die Unterdrückungsfunktion des bürgerlichen Staates ist die einzige Erfahrung kämpfender Gruppen, an die der KBW anknüpft. Die positiven Erfahrungen von Solidarität, von kooperativer nicht bürokratisch-fremdbestimmter Arbeit, von der Macht jedes Einzelnen, wird von der Politik des KBW bewußt ausgeblendet, weil diese Erfahrungen einer Einordnung in die hierarchische Struktur des KBW hinderlich sind.

An die "normale" Unterdrückung am Arbeitsplatz, wenn z.B. das Fleißband schneller gestellt wird, in der Ausbildung, wo immer mehr Prüfungsanforderungen gestellt werden, in der Familie, wo der

Mann seinen Chef kopiert, in der Wohnung, wo kaum Platz zum Atmen ist, knüpft der KBW, wenn überhaupt, nur sehr oberflächlich an, um dann gleich wieder auf den bürgerlichen Staat zu kommen, der "an allem schuld ist". So wird die mühsam von dem Einzelnen bewahrte Sensibilität für Unterdrückung abgeschliffen, auf die Frage, wer die Staatsgeschäfte in der Hand hält, der Handlanger der Monopole Brandt bzw.Schmidt oder der Volksdiener Schmierer, reduziert.

Diese Reduktion einer Kapitalismuskritik auf die Unterdrückungsfunktion des bürgerlichen Staates korrespondiert nun mit einer Einengung der sozialistischen Perspektive von seiten des KBW:

Der Zerschlagung des bürgerlichen Staates wird nur noch die Errichtung eines proletarischen Staates entgegengehalten; in einer schlichten Umkehrung der Diktatur der Bourgeosie zu einer Diktatur des Proletariats, wobei sich diese darauf beschränken soll, staatlich organisiert die Bourgeosie zu unterdrücken.

Dabei wird die Frage, wie sich innerhalb der Produktion selbst neue Arten kooperativer Arbeit herausbilden, wie die Produzenten selbständig die Produktionsmittel handhaben können, bewußt ausgeklammert, an die Funktionäre der kommunistischen Partei als Träger des proletarischen Staates delegiert.

„KBWeh - Programm" (KURZ KRITIK)

,Man vergleiche nur die programmatischen Forderungen des KBW in seinem Programm , die sich völlig darauf beschränken, von außen der Ausbeutung innerhalb der Produktion gesetzliche Beschränkungen aufzuerlegen(z.B. durch Abschaffung des Akkords 8 Wochen Urlaub, Verbot von Nacht- und Schichtarbeit, Freistellung der Frauen von der Arbeit 12 Wochen vor und nach der Niederkunft, 7 Stundentag und 5 Tagewoche, Verbot von Überstunden).

Ansonsten befassen sich diese Forderungen nur noch mit den Änderungen von Staatstätigkeiten(Wahl der Richter durch das Volk, allgemeine Volksbewaffnung, bürgerliche Freiheits- und Gleichheitsrechte, gleichberechtigung von Frauen und Ausländern , Arbeiter- und Volksbildung, Trennung von Kirche und Staat, Abwählbarkeit der Volksvertreter und Abschaffung indirekter Steuern).

Auf die Aufstellung von Forderungen , die auf eine Veränderung der Hierarchie innerhalb der Produktion hinausliefen , wird"verzichtet". Mit keiner Silbe wird problematisiert, wer über den Einsatz der Arbeit innerhalb dieser 7 Stunden an 5 Wochentagen zu bestimmen hat, wie die Organisation der Arbeit geändert werden soll, um "an die proletarische Revolution heranzukommen, freien Raum für die Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe zu schaffen". (Programm S.24)

Die "sozialistische Räterepublik"(Progr.S. 24) wird nur als Floskel mitgeschleppt, ohne Bedingungen für deren Realisierung anzugeben- und sei es auch nur im Aufstellen programmatischer Forderungen , die vielleicht lauten könnten: Selbstbestimmung der Produzenten über Art und Umfang ihrer Tätigkeit.

Daßsolche Forderungen fehlen, nimmt aber nicht weiter Wunder, da der KBW in seiner Staatsfixierung über eine bürokratische Festlegung von Arbeitsnormen und Arbeitsbedingungen hinauszudenken nicht in der Lage ist.
Die völlige Wirkungslosigkeit dieser (vor allem durch den Verkauf der KVZ) breit angelegten Propaganda ist keine Frage oberflächlicher Fehler, sondern grundlegend mit dieser hier anthematisierten Reduktion der sozialistischen Perspektive verknüpft.

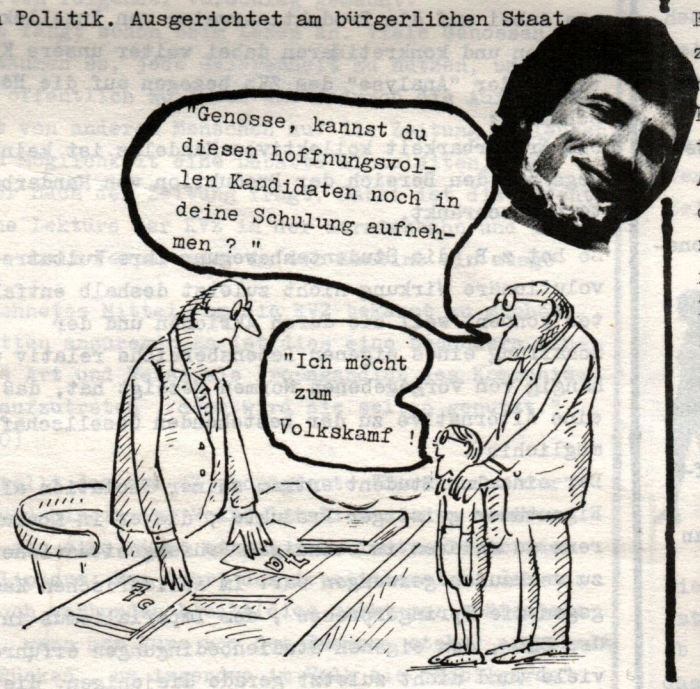
Der Arbeiter, dem der zukünftige "Funktionär", der ihn"ihn in seinem Interesse anleitet", genauso suspekt ist wie sein heutiger Manager, ist nicht etwa "bürgerlich borniert", sondern schließt aus den Erfahrungen, die ihm seine eigene Produktionsweise vermittelt.
In der im Kapitalismus entstandenen kooperativen Produktionsweise , die den Einzelnen zum Teil des produktiven Gesamtarbeiters werden lässt, ist die Tendenz angelegt, daß die Produzenten die Produktion selbst in die Hand nehmen können. Die Vereinseitigung der Arbeit, die den Menschen im Kapitalismus zum stumpfsinnigen Anhängsel einer Maschine degradiert, enthält zugleich die revolutionäre Potenz, eine Aufhebung der alten Teilung der Arbeit zu ermöglichen, wobei der einzelne Produzent allseitig einsetzbar den gesamten Produktionsprozeß steuern und mitbestimmen kann.

Diese Erfahrungen macht ein Arbeiter, der von irgendeinem außerhalb der Produktion stehenden Manager - Simpel bevormundet wird, tagtäglich und nur aus diesen Erfahrungen heraus wird er in die Lage versetzt, eine Perspektive des Sozialismus zu denken, wo der unmittelbare Produzent Inhaber der Produktionsmittel ist, sich der gesellschaftliche Zusammenhang nicht mehr über die Wertabstraktion vermittelt.
Der "Proletarische Staat" ,auf den laut KBW die Arbeiterklasse und das Volk ihr Glück setzen sollen, vermag dazu keine Alternative anzubieten,

Der vor allem auch in der Arbeiterklasse stark verankerte Antikommunismus hat gerade in der Kritik dieses vom KBW wieder einmal propagierten proletarischen Staates seinen realen Kern.

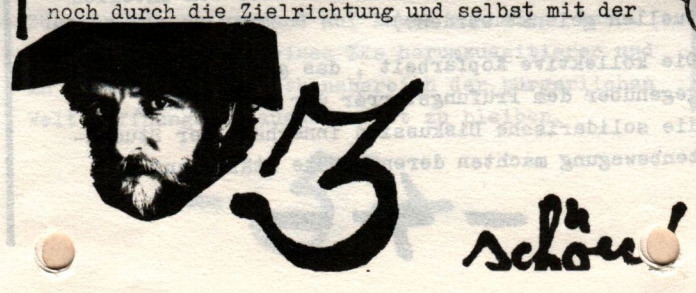
Nur so ist überhaupt verständlich, daß es der Bourgeoisie gelingt, mit Hymen auf den Prager Frühling, auf Solschenyzins Oden und ähnlicher immer wieder glänzende Attacken zu starten.
Dem kann der KBW dann nur noch entgegenhalten, daß z.B. Stalin halt "auch nur ein Mensch war, der wie alle Menschen Fehler macht." (So ein KBW-Genosse auf einem Solschenyzin-teach - in.
Diese Art der Personalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, selbst von einigen bürgerlichen Geschichtsaposteln längst überwunden, ist übrigens ein weiteres Grundphänomen der ML - Ideologie).

Nun ist es aber höchste Zeit, uns nach diesen weitausholenden " Einführungen in die Problematik""wieder mehr dem KBW-Beschlußzuzuwenden.
Die Staatsfixiertheit der MLer verkürzt nicht nur die sozialistische Perspektive, sondern führt zu grundlegenden Fehlern innerhalb der jetzigen linken Politik. Ausgerichtet am bürgerlichen Staat



verlangt der KBW unter Hinweis auf die notwendige "Schlagkraft der Truppe" absoluten Gehorsam und strenge Ausrichtung an der hierarchischen Spitze des KBW (Dieser Gehorsam wird bisher, da es dem KBW an Machtmitteln noch fehlt, nur moralisch und durch soziale Isolation von "Abweichlern" durchgesetzt).

Die Organisation des KBW übernimmt also bewußt Prinzipien bürgerlicher Parteien von Befehl und Gehorsam, Bürokratie und Hierarchie. Auf das Schaffen neuer Verkehrsformen innerhalb der eigenen Organisation wird verzichtet und so unterscheidet man sich von bürgerlichen Parteien plötzlich nur noch durch die Zielrichtung und selbst mit der



ists - wie wir soeben sahen - nicht sehr weit her. Die Organisation des KBW konstituiert sich in Abstraktion von dem Arbeitszusammenhang gesellschaftlicher Gruppierungen, kann diesen nicht mehr flexibel aufnehmen.

Die Erfahrungen, die die Einzelnen außerhalb der sterilen Parteibürokratie machen, bleiben vor der Tür des Parteibüros, treiben gerade auch im Hirn der im KBW verwalteten Genossen ihr Eigenleben, um sich dann eruptiv gegenüber der vom ZK vertretenen Linie Geltung zu verschaffen.

Dafür ist nun die Kontroverse um den ominösen ZK-Beschluß innerhalb des KBW ein treffendes Beispiel.:

Das ZK konnte an der Erfolglosigkeit der Politik seiner kommunistischen Studenten nicht mehr vorbeigehen:

"Obwohl die kommunistischen Studentenorganisationen ihren Einfluß unter den Studenten dabei gegenwärtig beständig ausdehnen, müssen sie jedoch in jedem einzelnen Kampf gegen bestimmte Maßnahmen des bürgerlichen Staates immer wieder Niederlagen einstecken. Ständige Schwankungen zwischen einem abstrakten Propagandistentum und reformistischer Plänemacherei sind das Reslutat."
(Beschluß Punkt 7).
Zuviele KBWler zeigten Tendenzen, zum Spartakus abzuwandern ("reformistische Plänemacherei") oder anderswohin auszuflippen.
Das ZK konnte jedoch aus diesen Tatsachen nicht den einzig richtigen Schluß ziehen, die bisherige Politik des KBW an den Hochschulen kritisch zu überdenken, Fehler zuzugeben usw. Dies würde dem Anspruch des ZK, einzig richtiger Handlungsanweiser für Kommunisten zu jeder Zeit und an jedem Ort zu sein, entgegenlaufen.
Also muß das ZK so tun, als sei die Erfolglosigkeit der Hochschulpolitik nicht der Fehler des KBW, sondern Ausdruck der besonderen Situation von Hochschulen im Kapitalismus überhaupt, wogegen Kommunisten,außer natürlich der ganz großen, alles auf einen Schlag ändernden Revolution nichts machen können.
So stellt das ZK fest,daß die Studenten nur teilweise zum Volk gehören, die Hochschule eine Sondereinrichtung darstellt nur zu dem Zwecke, die Einheit des Volkes gegen den bürgerlichen Staat zu verhindern und Studenten an der Hochschule überhaupt nur einen Kampf um bornierte akademische Rechte führen, die die Trennung vom Volk nur untermauern (Alles Beschluß Punkt 1 bis 3)
Aus dieser "Analyse" folgert das ZK dann, daß die Studenten aus der Hochschule heraus und hinein ins Volk müssen, um wirklich "klassenkämpferisch " tätig sein zu können. Den frustrierten kommunistischen Studenten wird so von dem ZK ein neues Fressen (=der Volkskampf außerhalb der Uni) hingeworfen, der von den Fehlern der Hochschulpolitik geschickt ablenken soll.

. . . . . .

Hier könnt ihr euch zur Auflockerung dieses langen Artikels selbst eine Überschrift ausdenken!

Pädagogengruppe

Über all dem thront das ZK , das alles wieder einmalvon vornherein gewußt hat und nun die richtigen Schritte anzugeben weiß.
Die marxistische Theorie dient hier nicht mehr dem Erfassen gesellschaftlicher REalitäten , sondern erhält allein die Funktion , Fehler der Organisation zu vertuschen und das ZK vor Angriffen zu schützen.
Um diese abartige Funktion erfüllen zu können, wird der "Marxismus/Leninismus" von diesen MLern in einer Weise verballhornt , daß einem das Lachen im Halse stecken bleibt.
Damit das ZK seine mehr als dürftigen Erkenntnisse als "marxistisch" ausgeben kann, stellt es seine Abhandlungen immer in eine Reihe mit den von ihm

"richtig erkannten Interessender Arbeiterklasse", Arbeiterklasse und ZK sind da eins geworden.

Greifen wir ein paar Beispiele heraus:
Das ZK stellt fest, daß die Studenten an der Uni nur um akademische Rechte kämpfen können.
Dem folgt der Satz: "Die Arbeiterklasse unterstützt auch den Kampf der Studenten für partielle akademische Rechte , weil und in sofern die Studenten sich dabei gegen den bürgerlichen Staat wenden... (Beschluß Punkt 3)"

Etwas später heißt es :
Die Arbeiterklassefasst die verschiedenen Kämpfe des Volkes unter den Forderungen des entschiedenen Demokratismus zusammen, wie sie in unserem Programm festgehalten sind (!!) und richtet sie auf dieser Linie aus gegen den bürgerlichen Staat." (Punkt 5 des Beschlusses)
Der Maier schießt in dieser Frage zweifelsohne den Vogel ab. Er formuliert :
"Sehr wohl aber kann die Arbeiterklasse heute sagen: Man hat den Oberschülern versprochen, sie könnten studieren, wenn sie das Abitur machen. Es ist gerechtfertigt, wenn die Oberschüler gegen den Bruch dieses Versprechens aufbegehren und wir unterstützen sie in ihrem Protest gegen den bürgerlichen Staat (Maier,"Antwort auf die Kritik..." in diesem Papier S. 34/35)

Mensch Maier!

Aus dem analytischen Begriff der Arbeiterklasse wird hier ein lebendiges Wesen, das bestimmte festliegende Interessen hat (die das ZK natürlich alle kennt und außer dem ZK niemand) und das sogar reden kann.
Ich möchte nicht wissen, was mit diesen armen Würstchen geschieht, wenn die Arbeiterklasse tatsächlich in der Lage sein wird, ihre Macht zu entfalten und aus sich selbst heraus Interessen zu formulieren.
Diese dogmatische Theoriefeindlichkeit der MLer ist mit darauf zurückzuführen, daß sie sich gegenüber dem Erfahrungsgehalt der verschiedenen Produktionsweisen unserer Geselschaft (man denke z.B. auch an die Produktionsweise der Frau in der Kindererziehung und im Haushalt) nur als Inhaber einer ausgearbeiteten und die Revolutionierung dieser Produktionsweisen vorbereitenden Theorie behaupten könnten; sie auf grund ihres abstrakt politischen Zusammenhangs nicht in der Lage sind, Erfahrungen von Kooperation und Solidarität, die aus diesen Produktionsbereichen selbst hervorgegangen sind, aufzunehmen und theoretisch zu verarbeiten.
Innerhalb der ML GRuppen haben sich schon lange bestimmte Spielregeln herausgebildet in der Frage, wie man marxistische Theorie dazu mißbraucht, eigene Denkansätze als " auf dem Standpunkt des Proletariats" zu klassifizieren und somit sich vor Angriffen zu immunisieren.
Eine der wichtigsten Spielregeln dabei ist, daß man jede Entscheidung, die man für richtig hält,versucht, miteinem irgendwo aus den braunen Bänden hergeholten Lenin Zitat zu unterlegen.
So schreiben die Heidelberger Genossen, die den ZK Beschluß kritisieren wollen, tatsächlich :
"Lenin nennt ein Beispiel, wie aus einem ' begrenzten akademischen Konflikt ' eine breite demokratische Bewegung hervorwächst : Vgl. ' Die Lehren der Moskauer Ereignisse Lenin Werke Band 9, S. 375 ff. : " In die Studentenversammlung fluteten Arbeiter. Es kam zu revolutionären Kundgebungen des Volkes, auf denen die im Freiheitskampf führende Klasse, das Proletariat überwog." (Papier S. 19)
Damit endet das Zitat,aber das langt ja auch um die Spielregel einzuhalten und man hat mit Lenin für jeden Zweifler einwandfrei begründet, warum man 1974 in der BRD den Kampf an den Hochschulen offensiv führen muß; das ZK im Unrecht ist.
Sehr gereizt reagieren diese "Kommunisten" aber, wenn jemand aus ihren eigenen Reihen es wagt, diese stillschweigend vereinbarten Spielregeln zu durchbrechen. Wehe, es fehlt einmal ein Lenin-Zitat !
Der ZA hat sich dieses schweren Vergehens schuldig gemacht und er wird sofort kritisiert :
"GEnauso wenig begründet wird abgelehnt, das Lenin-Zitat, in dem sich dieser für ein positives Aktionsprogramm für verschiedene Teile des Volkes ausspricht heranzuziehen, wie das des öfteren geschah , und nun auf einmal nicht mehr." (Papier S.22)
.... und nun auf einmal nicht mehr.... ach du grüne Neune !
Diese Typen, die der undogmatischen Linken "Anti-

Ichideal eines Angehörigen der "Neuen Mittelklasse" im typisch unagitierten Zustand
(Archetypisch bürgerlich)

leninismus vorwerfen, haben aus dem Revolutionär Lenin eine beliebig einsetzbare Zitatemelkkuh gemacht, aus der man, wenn man nur kräftig zieht, buchstäblich alles herausholen kann.
Zugegebenermaßen ein Wunder der Natur, aber daneben ist dieses ekklektizistische Herunterplärren von beliebigen Textstellen der einzig wirkliche Anti-Leninismus.

Zur Analyse der Studentenbewegung .... das lockert, was?

In der bisherigen Abfolge der Argumente haben wir die Phrase von dem "Erfahrungsgehalt der verschiedenen Produktionsweisen " unausgeführt mitgeschleppt. Dies müsssen wir jetzt weiter ausführen.Wir beziehen uns dabei auf die Produktionsweise von Intellektuellen und konkretisieren dabei weiter unsere Kritik an der "Analyse" des ZKs bezogen auf die Hochschulen :
Die Erfahrbarkeit kollektiven Handelns ist keineswegs auf den Bereich der Produktion von Handarbeitern beschränkt.

So hat z.B. die Studentenbewegung ihre kulturrevolutionäre Wirkung nicht zuletzt deshalb entfalten können, weil sie durch Aktionen und der Schaffung eines eigenen Lebensbereichs relativ unabhängig von vorgegebenen Normen gezeigt hat, daß eine Alternative zu der bestehenden Gesellschaft möglichist.
Der einzelne Student entkam seiner Isolation als Eigentümer geistiger Produkte , die er in Konkurrenz zu anderen in ständigen Prüfungssituationen zu verkaufen gezwungen war. Im solidarischen Kampf gegen die Springerpresse , dem Imperialismus in der BRD , den eigenen Studienbedingungen erfuhren viele (und nicht zuletzt gerade diejenigen, die sich heute als selbsternannte Avantgarde des Proletariats in ihren Zirkeln aufspielen) die Wirkungskraft einer relativ kleinen Gruppe und gewannen Vertrauen in ihr eigenes Handeln unabhängig von einer vorgegebenen Ordnung.

Die Studentenbewegung war solange erfolgreich, als sie auf die spezifische Produktionsweise von Intellektuellen einging , zu der isolierten Einmannproduktion von Referaten und Prüfungsleistungen die Alternative gemeinsamer geistiger Anstrengungen setzte.
(Die soll um Himmelswillen nicht als x-te "Totaleinschätzung der Studentenbewegung " mißverstanden werden. Hier soll vielmehr nur die Aufmerksamkeit auf die spezifische Produktionsweise von Intellektuellen gelenkt werden.)

Die kollektive Kopfarbeit , das gemeinsame Bestehen gegenüber dem Prüfungsterror der Hochschulen , die solidarische Diskussion innerhalb der Studentenbewegung machten deren größte Stärke aus und ließ uns für die Studenten , um die es uns ging und geht, als Alternative glaubhaft erscheinen.
Wir erahnten damals richtig, was wir heute gewaltsam verdrängen:

Immer Lockerbleiben!

In der kollektiven Kopfarbeit können wir Erfahrungen machen, die den Erfahrungen der Handarbeiter im kooperativen Arbeitsprozeß entsprechen und uns erst ein Gefühl dafür geben, wie sich die Eigentumsbereiche aufgeteilte und über die Wertabstraktion konstituierende bürgerliche Welt um und in uns überwinden läßt.

Erst wenn Kollektivität bezogen auf die eigene Produktionsweise (z.B. sei nur auf Gruppenreferate oder Wohngemeinschaften hingewiesen) gelernt wird, können die bürgerlichen Verkehrsformen wirklich als Schranken der Emanzipation der Menschheit erfahren werden, bekommt der Kampf einen Sinn.

Damit ist schon gesagt, daß wir keinesfalls damit behaupten wollen, daß sich unsere Arbeit auf "gemeinsames Nachdenken über dieses und Jenes" beschränken soll - nur müssen wir wissen, gegen was und wofür wir kämpfen, wenn wir z.B. gegen den Schießerlaß , das Plakatierverbot oder gegen das Hochschulrahmengesetz angehen.

Mit diesem Hintergrund wird deutlich, welchen Quatsch das ZK abläßt, wenn es kühn formuliert, daß die Hochschule eine Sondereinrichtung darstellt, an der nur um bornierte akademische Rechte gekämpft wird, und wo für Kommunisten nichts zu machen ist.

Man führe sich nur Punkt 2 des Beschlußes vor Augen:

> 2. Die Hochschulen sind eine solche Sondereinrichtung der Bourgeoisie außerhalb der produzierenden Gesellschaft. Ihr Zweck ist es, den Funktionärsnachwuchs für die Bourgeoisie und ihren Staat auszubilden. Aus der Allgemeinheit des Volkes sind die Hochschulangehörigen durch diesen besonderen Zweck hervorgehoben und diese Hervorhebung drückt sich politisch dahingehend aus, daß sie besondere Korporativrechte oder akademische Freiheiten genießen. Es ist unmöglich und falsch, gegenüber der Hochschule, die eine Sondereinrichtung für wenige ist, allgemeine Rechte für jedermann zu proklamieren. Demokratische Forderungen, wie wir sie gegenüber dem Volksbildungswesen aufstellen, die auf gleiche Ausbildung für jedermann und Kontrolle

Ichideal eines Angehörigen der Neuen Mittelklasse nach gelungener Agitation im Volk durch schon bestehende Kader
(Archetypisch parteilich - revolutionär)

> durch das Volk hinauslaufen, können gegenüber der Hochschule nicht erhoben werden. Die Forderung nach Hochschulausbildung für jedermann liefe auf die Forderung nach Abschaffung der Hochschulen als Sondereinrichtungen der Gesellschaft hinaus.
> Das aber wird erst auf einer sehr fortgeschrittenen Stufe des sozialistischen Aufbaus mit der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit zu verwirklichen sein. Und die Forderung nach Kontrolle der Hochschulen und ihre Indienstnahme durch das Volk ist prinzipiell erst zu verwirklichen, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht schon in Händen hat und vermittelst des Staates ihre Aufsicht und Herrschaft auch über die Hochschulen ausüben kann.

Hier wird wieder , wie so oft beim KBW, die Frage nach der eigenen Produktionsweise vertagt auf ein Nirwana in einer "sehr fortgeschrittenen Stufe des sozialistischen Aufbaus;" die Aufhebung der Trennung von Hand-und Kopfarbeit schlicht ausgeklammert und die Studenten nur noch in Abstraktion von ihrer Arbeitssituation ernst genommen.

Die revolutionäre Intelligenz wird für das Proletariat nur bündnisfähig, wenn sie ihre geistigen Potenzen, von denen die Handarbeiter gewaltsam getrennt wurden, einzubringen versteht in eine von der Basis getragenen Gesamtbewegung. Wir können z.B. mit den unter ein Fließband subsumierten Handarbeitern solidarisch die Revolutionierung der Computertechnik hin auf eine Indienststellung dieser Maschinen für die Menschen angehen , wenn wir keine Ahnung von der Arbeitsweise eines Computers, geschweige denn von den Möglichkeiten zur Abschaffung des Fließbands (z.B. durch Fließprozesse) haben?

Wenn wir an der Hochschule für bessere Arbeitsbedingungen , für die Berufung linker Dozenten, für die Öffentlichkeit von Forschungsvorhaben usw. kämpfen, so brauchen wir das nicht mit einem schlechten Gewissen tun, wir würden nur um "akademische Rechte" kämpfen, wie das ZK uns glauben machen will.

Niemand wird so naiv sein zu glauben, die Hochschule sei nicht von dem Kapitalverhältnis formbestimmt. Aber gerade weil dem so ist, birgt der Kampf an der Hochschule um kooperative Formen geistiger Arbeit antikapitalistische Potenzen.

Wenn wir uns gegen den inneren und äußeren Numerus Clausus an den Hochschulen wehren, so geschieht dies nicht scheinheilig, um "die Studenten über die Machenschaften des bürgerlichen Staates aufzuklären," sondern weil wir selbst uns innerhalb des Studiums Raum für antikapitalistische Arbeit und sei es auch"nur" im Erarbeiten einer marxistischen Theorie, bewahren wollen.

"Avantgarde" , wenn wir diesen Ausdruck überhaupt gebrauchen wollen, werden wir nicht , wenn wir uns zum "Berufsrevolutionär" , der alle s und damit gar nichts kann, hochstilisieren , sondern wenn wir zeigen, wie wir selbst unsere <u>eigene</u> Arbeits- und Lebenssituation zu ändern in der Lage sind.

Ein wichtiger Schritt dahin für den Hochschulbereich ist z.B. der Aufbau einer demokratischen linken Öffentlichkeit, innnerhalb der neue Denkansätze nicht sofort in die drei Schubladen "links" , "liberal" oder "rechts" gesteckt werden, um dann dort jeweils zu vermodern. Ausdruck dieser Öffentlichkeit kann z. B. eine Zeitung wie der "Carlo Sponti" sein, in der prinzipiell jeder arbeitende GEnosse eine Publikationsmöglichkeit findet, ohne daß er zuvor den Entengang auf irgendeiner"Linie" eingeübt haben muß.
Die Auseinanderstzung um das ehemalige "Rote Forum", das sich das NRF putschistisch unter den Nagel riß, sowie vor kurzem um die Redaktion des "Roten Diwans" (wobei diese Auseinandersetzung nur noch ein schlechter Treppenwitz des Streits um das "Rote Forum" war) sind nur Symptome für die mangelnde Einsicht vieler Genossen in die Sprengkraft, die in einer solidarischen Diskussion um verschiedene linke Denkansätze liegen kann.

Dagegen begreift nun das ZK des KBW den Kampf an der Hochschule nur noch als einen "ideologischen Kampf um die Köpfe der Studenten" (Beschluß Punkt 6), der zwischen Kommunisten und der Bourgeoisie seiner Meinung nach stattfindet.
Die"besondere Lebenssituation der Studenten" ist dabei nur noch " zusätzlicher Anknüpfungspunkt für kommunistische Agitations - und Propagandatätigkeit." (So in Punkt 6 des Beschlusses).

Die Studenten sind für den KBW nur interessant als potentielle Kampftruppen, mit denen sich die noch dürftig bestückten Ortsgruppen des KBW scheinbar gut auffüllen lassen, sich eben die "Anzahl der Köpfe", die man den Klauen der Bourgeoisie entrissen hat , vermehrt.
Ganz deutlich wird dies auch in Punkt 4 des Beschlusses, den wir vollständig zitieren müssen :

4.Gleichzeitig versucht die Arbeiterklasse die Studenten über den Kampf um akademische Rechte an der Hochschule hinauszutreiben und sie als Teil des Volkes für den Kampf um die ungeteilte und uneingeschränkte Herrschaft des Volkes zu gewinnen. Als reaktionsschnellster und beweglichster Teil haben Studenten in allen neuzeitlichen Revolutionen eine wichtige Rolle gespielt. Zu einer selbständigen Politik nicht fähig, sind sie zwar nie Avantgarde, wohl aber häufig Mobilgarden in der Revolution.Daß sie Mobilgarden auf seiten der Revolution und nicht auf seiten der Konterrevolution werden, darum kämpft die Arbeiterklasse.

Hier wird eine Stimmung geschaffen, die dem Einzelnen suggerieren soll, die alles ändernde REvolution sei nur noch das Problem weniger Monate höchstens aber weniger Jahre, es käme jetzt darauf an, alle Kräfte eng gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen.

Diese ständige Geilheit auf die morgen stattfindende Revolution, in der der KBW seine Mitglieder ständig zu halten sucht, ist tatsächlich fast das einzige Mittel, mit dem der KBW es schafft, seine Mitglieder innerhalb seiner aus allen Lebensbereichen losgelösten Organisation an der Stange zu halten. Daß es bei dieser Vorlust auf die REvolution bei dem KBW noch jahrelang bleiben wird (wenn es ihn dann überhaupt noch gibt) und das ZK und Anhänger alles andere als eine kämperische Auseinanderstzung anstreben, versteht sich von selbst.

Die Kampfparolen dienen mehr der Selbstbefriedigung, als daß sie einen realen Kern hätten.
In der KBWDokumentation über deren erste Delegiertenkonferenz findet sich ein Abschnitt , der übertitelt ist: "Die Legalität verteidigen und sich auf die Illegalität vorbereiten ."(S.55) Des weiteren stößt man auf Sätze wie:"Nicht umsonst gab es seiner Zeit Anträge an die Gründungskonferenz, ausdrücklich ins Statut aufzunehmen, daß der Kommunist nicht Tod und Teufel fürchtet. "(S.43)
Daneben gliedern sich reibungslos solch revolutionäre Vorschläge wie der folgende ein in diese "Furchtlosigkeit vor Tod und Teufel:

Dem KBW geht es um die "Wirkliche Nutzung der KVZ als Waffe" (S.40) und dazu wird von den Delegierten folgender Vorschlag gemacht:
"Das fängt schon beim Lesen an. Viele Genossen versäumen es, jede Gelegenheit zu nutzen, um die KVZ öffentlich zu lesen und dadurch die Aufmerksamkeit von anderen Menschen auf die Zeitung zu lenken, nach Möglichkeit eine Debatte einzuleiten, wenn einer nach der Zeitung fragt. Dabei ist die öffentliche Lektüre der KVZ in der Straßenbahn und im Zug , beim Vesper oder in der Kantine ein ausgezeichnetes Mittel, um die KVZ bekannt zu machen, Debatten anzuregen.Es ist dies eine besonders einfache Art und Weise, als Propagandist des Kommunismus aufzutreten , doch wird sie selten genutzt." (S.40)

So stellt das vom ZK propagierte "Heraus aus der Uni und hinein ins Volk" letzlich nichts anderes dar, als eine nicht einmal sehr lustvolle Art des Ausflippens: Man kehrt dem Arbeitsbereich, dem man dennoch verbunden bleibt(dies merkt man spätestens dann, wenn man kurz vor dem Examen steht) angeekelt den Rücken , um irgendwo im Volk als "Mobilgarde" rumzufurzen.

„Es gab Zeiten, zu denen ich Sie so vor Buchhandlungen stehen sah . . ."

Der Glaube an die revolutionäre Veränderbarkeit der derzeitigen Situation nimmt so fanatische Züge an, da es niemand auf Dauer aushalten kann, überall auf Befehl eines ZKs herumzuagitieren und in seinem eigenem Lebensbereich der bürgerlichen Welt hoffnungslos ausgeliefert zu bleiben.

Man will den Anderen als "Berufsrevolutionär" in ihren Arbeitsbereichen das Gehen beibringen und ist selbst nur ein Krüppel.

"Northorn Range" wird als außeruniversitäres Agitationsfeld begeistert aufgenommen, die Kriegsforschung an der Universität bleibt dem Belieben rechter Profs überlassen.

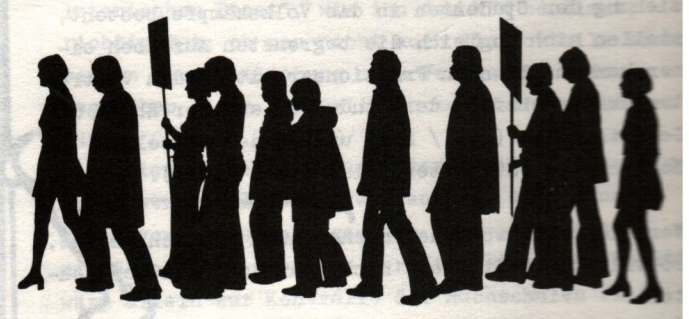
Die Heidelberger und Göttinger Genossen innerhalb des KBW , die demZK eine eigene "Linie" entgegenhalten, haben sich für den hier skizzierten Zusammenhang etwas Sensibiliät bewahrt: Sie behaupten vollkommen legitim ihr Recht, an der Hochschul selbst arbeiten zu können und wollen nicht als "Mobilgarde" (was dann oft nicht mehr heißt, als daß man KVZ-Verkäufer wird) irgendwo im Volk verheizt werden.

Daß diese Genossen zu anderen Einsichten als das ZK in dieser Frage gelangen, nimmt nicht Wunder, da sie sich noch mit dem Erfahrungszusammenhang der universitären Ausbildung konfrontiert sehen, von der das ZK schon längst in den 7. Himmel der sich selbst befruchtenden Dogmatik abgehoben hat.

Wie vergessen: Zwischenüberschriften ausdenken.

Das heißt aber nicht, daß die Hochschulpolitik, die den Aufmüpfigen im KBW vor Augen schwebt, tatsächlich in der Lage wäre , auf die spezifische Situation an der Hochschule einzugehen:
Sie wollen sich nur als Verwalter der Studenten <u>an der Hochschule</u> aufspielen , während das ZK auf eine Verwaltung <u>in den Ortsgruppen</u> drängt.
Nach dieser "zweiten Linie" sollen die kommunistischen Studenten weiterhin wie bisher innerhalb der Universität einen leichtüberschaubaren , geschlossenen Block bilden, der alle möglichen Institutionen erobert, diese " für die Studenten" verwaltet und sie gegen die Reaktion beschützt.

Die Studenten dürfen dann diese Kommunisten wählen, für deren unzählige Resolutionen zu jedem x-beliebigem Scheißdreck den Finger heben, ihre Unterschrift unter entsprechende Listen setzen. mit ausgeteilten Parolen im Mund hinter langweiligen KHG-Demonstrationen herwackeln, nur eins dürfen die Studenten außerhalb des KBW nicht:
Selbst etwas machen!



Diesist dann per se "nur spontaneistisch" , "ständisch borniert" , "kleinbürgerlich", egal ob die KHG in einem ihrer zahllosen Komitees genau dasselbe macht oder nicht.

Diese Politik des Verwaltens und Verwurstelns studentischer Interessen kann sich aber nur an einer Universität mit einem liberalen Klima entfalten:

Die Sachwalter dieser Politik , eben die KHG , muß von einer liberalen Rektoratsfraktion ein paar Institutionen zur Verfügung gestellt bekommen, von denen aus die KHG ihren esoterischen Firlefanz abspulen kann.
So hockte in Heidelberg die KHG in allen möglichen und unmöglichen Unigremien(ASta, Fachschaft, Großer Senat, Keliner Senat, Fachgruppenkonferenzen usw.), lieferten sich mit der Reaktion "scharfe " Wortgefechte, während ihnen diese Reaktion kaltlächelnd den Stuhl unter dem Arsch wegzog, ohne daß sich eine studentische Öffetnlichkeit darum besonders gekümmert hätte.

Mit den liberalen Rektoraten in der BRD hat es jedoch zumindest vorerst ein Ende, und zu Ende ist damit auch die Hochschulpolitik des KBW bzw. der KHG.

Die paar Institutionen, die die Liberalen diesen "Kommunisten" hinwarf, damit sie Ruhe geben und an der Basis (= unter den Studenten) keine Unruhe stiften, sind mit den Liberalen verschwunden : Übrig bleibt ein geheimes Geklüngel der Rechten in GO, Fachgruppe usw, ein kastrierter Asta, denen Juso-Gruppen als adäquatere Sachwalter ihre Weihe verleihen (In Heidelberg das "Hopoko").

Damit kann die KHG sich nicht mehr zum Vortänzer auf dem glattenParkett der Institutionen hochstilisieren, ihr bürokratischer Apparat, den sie während ihrer Verwaltungstätigkeit an der Hochschule darauf zugestimmt ausbauten , ist ohne Tätigkeitsbereich. Außer schematisches Handeln auf schematisch vorgetragene Angriffe der Reaktion bleibt nichts. (Daß es den KHGlern nicht kalt den Rücken runterläuft, wenn sie zum x-ten Mal fruchtlos einen "Unistreik" proklamieren, ist wirklich schon ein Wunder, das sich wohl nur noch sozialpsychologisch erklären lässt - "Zur Psychpathologie des kommunistischen Alltaglebens").
In diesem Zusammenhang wird auch verständlich, warum die KHG vor zwei Jahren fast weinerlich darum bemüht war das liberale Rektorat REntdorff um jeden Preis zu halten und zu stützen,nachdem dieses schon lange nur noch ein Pseudobuhmann des BuFW war, der so schön gedeckt seine Offensive, die wir zur Zeit abbekommen, vorplanen und vorbereiten konnte.
Das ZK hat wohl irgendwie gemerkt, daß für den KBW an den Hochschulen mit ihrer bisherigen Politik nichts mehr zu gewinnen gibt, im Gegenteil nur noch mehr KBWler aus der Erfolglosigkeit dieser "Hochschulpolitik" heraus ihrer Organisation frustriert den Rücken kehren werden.
So wirft das ZK seinen " kommunistischen Studenten" den "Volkskampf" außerhalb der Uni genauso als neues Fressen vor, wie diese zuvor von den Liberalen die Institutionen zum Verwalten hingeschmissen bekamen.
Insgeheim hofft das ZK aber wohl doch, daß sich an der Uni wieder etwas zugunsten des KBW ändern wird (sprich, daß dort wieder Liberale Profs das "Ruder übernehmen"), damit sie dort wieder voll aktiv werden können.
Denn in Punkt 13 des Beschlusses heißt es ohne weitere Begründung :
"Die verschiedenen lokal arbeitenden Studentenorganisationen, deren Hauptaufgabe in der Einbeziehung der Studenten in die Volkskämpfe besteht, stellen sich zugleich die begrenzten Aufgaben einer kommunistischen Fraktionsarbeit in den Vertretungskörpeschaften der Studenten auf der Ebene des Gesamtstaates (VDS / SVI) und an den einzelnen Hochschulen (STudentenparlamente / Asten)."

Wenn der hingeworfene Knochen auch fleischlos ist, so will man wenigstens nicht auf das Mark verzichten.
Eins dürfte aber klar sein : DER KBW und seine "kommunistischen Studenten" wird aus sich selbst heraus nicht in der Lage sein, die Reaktion zurückzudrängen, liberale Profs als für ihn notwenige "Kampfbedingung" (so die KHG früher wörtlich) wieder an die Unispitze zu stellen.

Ihre Phantasie und ihren Witz, (mit denen diese heutigen"Volkskämpfer" einmal mithalfen, die Reaktionäre in die rechte Ecke zu drängen, aus der sie heute gestärkt wieder hervorkriechen) haben diese Bürokraten irgendwo zwischen ihren unzähligen Leitzordnern abgeheftet und es kann sehr lange dauern, bis sie diese Ordner wieder finden werden. Heute begnügen sie sich damit, eine "Einschätzung der Klassenlage der Studenten" zu liefern, die nicht mehr und nicht weniger ist als der Ausdruck ihrer eigenen Hilflosigkeit. Ihrem Vorbeter Joscha bleibt die revolutionäre Tat vorbehalten, aus dem ersten Band "Kapital" eine "neue Mittelklasse" hervorzuzaubern, zu denen die Studenten gehören sollen. Kernaussage dieser "Theorie" ist, daß die Studenten nur eine wabbrige Masse darstellen sollen, die irgendwo laut Joscha zwischen Bourgeosie und Proletariat herumschwabbelt, zu eigenem Handeln nicht fähig, so daß sie von Kommunisten angeleitet werden muß. (Wen diese Scheiße näher interessiert, der lese NRF 4,71, NRF 3,72 sowie NRF 2,72 und dann wieder zur Erholung den Artikel vonArmanski im "Prokla"Nr. 4/1972 sowie das "Was Tun"8/1973 Von der Heidelberger GIM- uns hängts jetzt schon zu sehr zum Hals raus).

In diesem Zusammenhang stehen dann auch Formulierungen aus dem hier besprochenen KBW-Papier wie:

der "Kampf zwischen Bourgeosie und Proletariat um die Köpfe der Jugend" (Papier S.15/Vgl. Beschluß Punkt 6).
Diese halsbrecherischen Formulierungen von "kommunistischen Studenten" über ihre Kommilitonen sind nicht nur lustig, sondern geben zugleich die Folgen im Bewußtsein der MLer wieder, die jahrelang in zäher Kleinarbeit ihre Position an der Hochschule durch dieses Verwalten von Institutionen ausbauen wollten und nun zusehen müssen, wie ihnen die Jusos den gesamten Rahm abschöpfen.

Da muß man ja die Flucht aus der Realität in den ersten Band Kapital antreten , um wenigstens irgendwo Tost zu finden, und sei es auch nur bei Marx. aus dem man einen Bibelschreiber macht.

	a	b		a	b
01 Bielefeld	29,2	2,1	19 Karlsruhe	46,7	2,3
02 Braunschweig	21,8	3,3	20 Koblenz	21,4	1,3
03 Bremen	21,9	7,1	21 Köln	35,6	2,5
04 Celle	50,0	4,4	22 Ludwigshafen	20,0	1,2
05 Claustal/C.	19,2	43,3	23 Mannheim	29,8	4,2
06 Darmstadt	10,5	4,2	24 München	45,5	0,8
07 Delmenhorst	10,4	3,9	25 Offenbach	15,6	2,1
08 Dortmund	29,5	1,0	26 Oldenburg	12,5	1,9
09 Frankfurt	45,8	4,6	27 Osnabrück	25,0	4,2
10 Freiburg	35,6	12,9	28 Speyer	42,0	4,9
11 Göttingen	39,4	16,6	29 Waiblingen	20,8	18,5
12 Hamburg	30,5	1,7	30 Walsrode	2,1	0,0
13 Hameln	8,8	3,2	31 Weinheim	30,0	10,1
14 Hamm	23,4	4,7	32 Wetzlar	13,2	6,6
15 Hannover	14,0	1,4	33 Wiesbaden	26,7	4,8
16 Heidelberg	37,0	22,1	34 Wiesloch	25,0	20,0
17 Helmstedt	9,2	4,5	35 Wilhelmsh.	15,0	1,5
18 Hildesheim	30,0	6,3	36 Wolfsburg	13,6	5,0

a = Verkauf am Ort pro Mitglied
b = Verkauf am Ort pro 1 000 Einwohner

KBW

Genossen im KBW , es ist eure eigene jahrelange Politik an den Hochschulen, die das Zuschlagen der Reaktion und das starke Zunehmen der Jusogruppen an den Hochschulen(von der Rechten ganz zu schweigen) ermöglichte.

Euer langweiliges Vortanzen auf den Köpfen der Studenten zu deren angeblichen Interessenvertretung, eure in einer Unzahl von Publikationen dokumentierte dogmatische Theoriefeindlichkeit, euer scheinheiliger"Demokratismus" haben sehr wesentlich dazu beigetragen, daß die direkte Artikulation von Bedürfnissen der Studenten keine über den individuellen Protest oder die individuelle Resignation hinausgehende Perspektive fand: Die "große Politik" und die persönliche Emanzipation, die in der Studentenbewegung einmal parallel verliefen, werden heute wieder als zwei sehr verschiedene Paar Schuhe betrachtet.

Der einzelne Studentsieht sich nicht mehr für fähig, selbst seine bedrückende Lebens- und Arbeitssituation an der Wurzel zu packen. Er kommtheute schon notengeil und numerus-clausus-angeturnt an die Uni, hat an der Schule selbst nie die Erfahrung kollektiven Handelns gemacht und wird dann mit einer Politik konfrontiert, die ihn weiterhin zur Passivität verurteilt. Der Zusammenhang von isoliertem Karrierestreben, Vereinzelung und sexueller Frustration mit der gesellschaftlichen Situation, in der wir uns befinden und die wir Kapitalismus nennen, bleibt unerfahrbar.

Für ihn sieht die"Alternative" nur noch so aus, daß er entweder ausflippt oder einer der unzähligen Gruppen, die "etwas für ihn tun wollen", seine Stimme gibt.

Der KBW half neben den Liberalen um das HOPOKO kräftig mit, daß die Studenten in ihrer angepaßten Passivität verblieben, in dem jene z.B. auf Vollversammlungen und TEach-ins ein dem bürgerlichen Parlament nachempfundenes "Forum" machten, von wo aus sie zuvor schon festliegende "Resolutionen" und blutleere Proklamationen "ans Volk" verkünden, der Einzelne nur noch den Finger strecken oder wegbleiben kann.

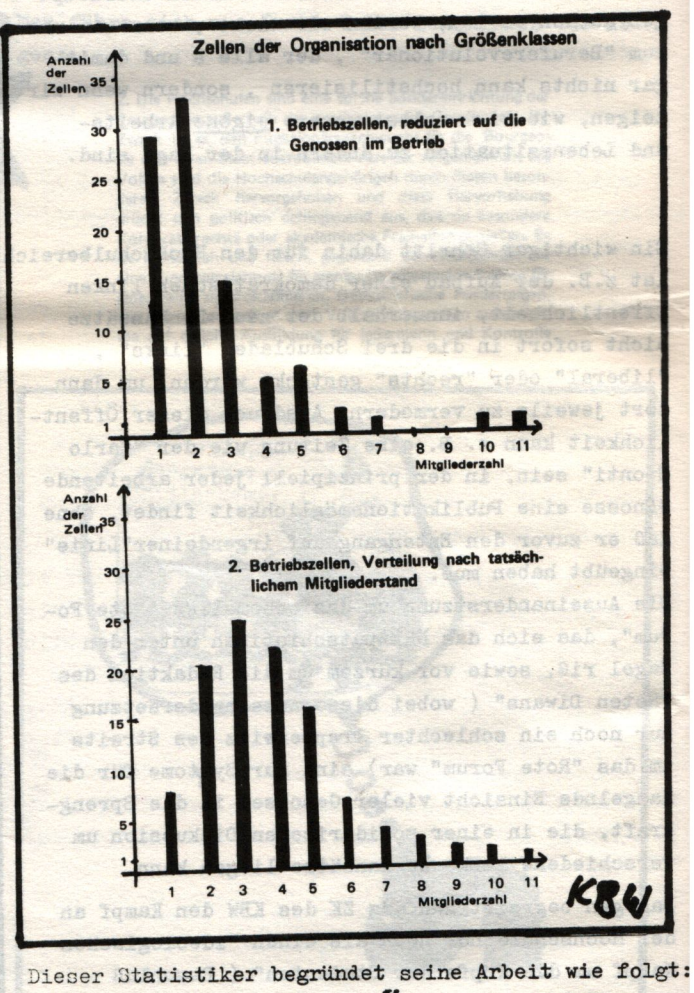
Fernsehen für Linke!

Was die bürgerliche Familie nicht mehr schafft, aus ihren Kindern autoritätsfixierte Arschkriecher zu machen, das schafft der KBW blendend: unter der Etikette des "Kommunisten" übernimmt der"Betreuer" von"Mitgliederanwärtern" die Funktion einer bürgerlichen Nachsozialisation, der Vergleich mit Verbindungen ist kaum noch abzuwehren.

Wen wundert es dann, wenn Studenten anfangen zu überlegen, wieviel ein KBW und wieviel eine SPD "für sie" an der Hochschule zu ändern vermag; wen wundert es, daß die "paar hundert Männchen im KBW" mit der "Volkspartei SPD" aufgerechnet werden?
Ein Student, der so denkt, denkt materialistischer als der KBW selbst, fragt er sich doch, wie eine politische Organisation die ihn selbst in der Passivität beläßt , seine augenblickliche Lebenssituation zu ändern vermag - daß der KBW keinen Machtfaktor darstellt, beweist er uns allen jeden Tag aufs neue , die SPD ist "immerhin an der Regierung".
So wollen die Studenten lieber "bei Reformen mitreden" als überhaupt nichts tun zu können - und daß sie nichts tun können als Kommunist, lebt ihnen der KBW tagtäglich vor.

Da der KBW sich qualitativ von einer bürgerlichen Partei nicht unterscheidet, bleibt ihm nur noch ein peinliches Rumlavieren mit Quantitäten:

Für den Bericht der ersten Delegiertenkonferenz des KBW hat sich diese einen Statistiker engagiert, der genau aufgeschlüsselt die Anzahl der verkauften KVZs pro Mitglied und pro tausend Einwohnereiner Stadt angibt. (S.67 / siehe auch Kasten ind iesem Artikel)



Dieser Statistiker begründet seine Arbeit wie folgt: "Ich habe die Frage des KVZ-Verkaufs so relativ ausführlich behandelt, weil ich der Meinung bin, daß er einen sehr genauen Indikator für den Stand der Arbeit an den einzelnen Orten abgibt."(S.68)
Dies ist nur ein kleines Beispiel dafür, wie der KBW den Erfolg seiner Politik nur noch quantitativ erfaßt(z.B. an der Auflageziffer einer Zeitung), bürgerliche Effizienzkriterien ansetzt.
Noch schlimmer wirds dann, wenn der KBW aufschlüsselt , wieviele "Zellen" mit einem Mitglied er hat.. Dies ist kein Tippfehler ! Zellen mit"einem Mitlied" (Vgl. Kasten).
Die Frage der qualitativen Verschiedenheit linker Politik, die gerade nicht vorrangig auf Pseudomassen angewiesen ist, bleibt liegen, was sich zB sinnfällig darin äußert, daß es den KBWlern immer darauf ankommt, möglichst viele Flugblätter oft und zu allen Anlässen zu publizieren, deren Gehalt sich dann tatsächlich im Umfang erschöpft.

Bevor wir diesen Artikel, der sich vorrangig mit dem KBW befasst, beenden,

Geht's immer noch weiter?

wollen wir aber nicht versäumen, auch unsere eignen bisherige Haltung zu Gruppen wie dem KBE und deren Ideologeme zumindest ansatzweise einer Kritik zu unterziehen.
Viele "Spontis" haben, wenn sie die Lektüre dieses "alngen Artikels" überhaupt durchgehalten haben, sicherlich die ZK - These von " Heraus aus der Uni hinein ins Volk" überlegen belächelt ; aber gerade in diesen Sponti- Kreisen findet der Satz "An der Uni ist alles Scheiße" zur Zeit viel Anklang. Sie verherrlichen dann Praxisbereiche außerhalb der Uni, wo sich "Sozialarbeit" und "Frankfurter Häuserkampf" gegenseitig die Hand geben.
(Vgl. den Bericht über das Frankfurter Emanzipationsseminar).
So sind die Thesen dieses Artikels, die sich am KBW festmachen, genauso gegen diese Art des Ausflippens geschrieben.
Die Aufgabe des Hochschularbeitskreises, aus dem heraus dieser Artikel entstanden ist, und der sich eher den "Spontis" als den "Mlern" verpflichtet sieht, müßte es gerade sein, den Zusammenhang von verschiedenen und genauso unausgegorenen "Sponti - Psoitionen" klarzumachen.

hört, hört !

Dazu gehört das zu Beginn des Artikels schon anthematisierte "rein negatorische Verhalten" der "undogmatischen Linken" zu den MLern.
Dies wollen wir an der Frage der Organisation noch ganz kurz aufgreifen :

Es wurde z.B. früher schon richtig kritisiert, daß die KHG ihre Organisation fast über alles stellt und so militante Aktionen scheut aus übertriebener Furcht, ihre Organisation könnte davon betroffen werden (z.B. durch ein neues Verbot).
Als "Alternative" bot man dann an, möglichst viele Eier auf Profs zu werfen, möglichst vielen Jusos in den Arsch zu treten mit Parolen wie ß"DIe Revolte der Studenten ist gerechtfertigt" , "Bündler bündeln und anzündeln" usw.
Die Militanz wurde gegen die Organisation ausgespielt, ganz so, als hätteman damit ein notweniges Gegensatzpaar gefunden. Militanz wurde als die "einzig wahre Gegenmacht" hochgejubelt, bei der ein organisatorischer Zusammenhang nur hinderlich sei, weil er notwendig zur Ideologiebildung zwinge, Flexibilität verhindre.
Besonders hervorgetan mit einer derartigen "ML-Kritik" hatte sich vor Jahren der SHS, eine ehemalige Heidelberger Anti-ML-Gruppe.

Als dann die KPD / ao in einer sehr militanten Aktion das Bonner Rathaus besetzte, der Juso Asta- Vorsitzende Wolff einen Tritt bekam, fiel der SHS mit seiner "Einschätzung" gründlich auf den Arsch und ist auch nie wieder hochgekommen.
Diese SHS - Ideologie lebt heute, wenn auch gebrochen bei den Germanisten- Spontis weiter.
Bei diesen Spontis kommt neben der Militanz noch die Emanzipation hinzu, die sie grundsätzlich Im Gegensatz zu einer politischen Organisation sehen wollen (Vgl. deren Artikel in "Carlo Sponti" Nr. 2)

Wenn es uns wirklich darum geht, nicht nur Zirkel zu bilden, in denen wir uns wohlfühlen, sondern die politische Macht zu erobern, dann dürfen wirdie Frage einer organisierten Gegenmacht nicht einfach vom Tisch wischen um scheinbar alternativ mit losgelösten Begriffen wie "Militanz" und "Emanzipation" zu operieren.
Dies haben die MLer bisher grundsätzlich besser begriffen als wir, was wohl auch für links angeturnte den Reiz an diesen ML - Gruppen ausmacht.

Sinn dieses Artikel war nicht, eine Organisationsform grundsätzlich in Frage z u stellen, sondern die bornierte Form, unter der im KBW linke Inhalte schlicht verwaltet und verwurstelt werden, zu entlarven.

Dagegen muß sich eine Organisation, die in der Lage sein soll, den Erfahrungsgehalt der verschiedenen Arbeitsvereiche mit in die überregeionale Arbeit aufzunehmen, die Frage nach der Vermittlung der Erfahrung eines Arbeiters, eines Intellektuellen usw. mit der organisierten Erfassung gesellschaftlicher Totalität zur Ergreifung der politischen Macht immer wieder von Neuem stellen können.
Veränderungen in der Gesamtorganisaiton müssen sich vorrangig aus der Entwicklung verschiedener Basisaktivitäten und nicht von einem losgelösten ZK über die verschiedenen arbeitenden Gruppen herunterkommen.

Es dürfte bekannt sein, daß der Hochschularkeitskreis sich organisatorisch an dem "Sozialistischen Büro" in Offenbach orientiert.
Diesem Büro wurde von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht, daß es einerseits nur ein "Papierbüro" sei(=Sich auf Verteilen und Herstellen von Büchern und papers beschränke) und daß es andererseits reformistisch sei, was sich darn zeige, daß in dem Büro Jusos mitarbeiten (Vor allem die SoAK-Fraktion innerhalb der Jusos).
Wir sind der Ansicht, daß das Sobü im Augenblick tatsächlich zum Großteil nur ein "Papierbüro" darstellt, dies aber kein Mangel ist, sondern im Gegenteil dessen Stärke ausmacht:
Wir sind nicht der Ansicht, daß es jetzt in irgendeinem Bereich bereich der Gesellschaft in der BRD Gruppen (sei es auf Hochschulebene oder auch in den Betrieben, aus denen viele Gruppen entstanden sind, die sich am Sobü orientieren) gibt, der so einheitliche Kampf - und Diskussionsstrukturen aufweist, daß eine zentrale Erfassung und "Direktion" dieser Einzelaktivitäten sinnvoll wäre.
Auf jeden Fall ist aber schon ein breiter Informationsaustausch und ein Diskussionszusammenhang wichtig für den das Sobü die notwendigen Produktionsmittel und "Arbeitskräfte" in einem bisher ziemlich demokratischen Rahmen zur Verfügung stellt. Daneben nimmt das Sobü auch jetzt schon Aufgaben einer zentralen sozialistschen Organisation wahr, wie sich z.B. bei der Chile- Solidaritäts- Kampagne gezeigt hat. Die einzelnen sozialistischen Zentren wurden aufgefordert, sich daran zu beteiligen, ohne daß jedoch darüber hinaus "Direktiven" über das "VOrgehen" oder ähnliches erhielten. Das Sobü und der aus den Zentren gebildete Arbeitsausschuß haben ihre Vorstellungen offen gelegt, und wir haben uns für unseren Bereich dazu verhalten.

Wir glauben, daß diese Art der Kooperation zumindest für die augenblickliche Lage in der BRD richtig ist. Lässt sie doch den einzelnen Zentren genügend Raum, ihren Arbeitseinsatz gemäß ihren eigenen Möglichkeiten zu bestimmen, niemand wird zur Ideologiebildung gezwungen, um eigene Schwächen zu verdecken.
Von unserm Einfluß auf das Sobü wird es mit abhängen, ob die Weiterentwicklung dieser Organisation gemäß ihrem Anspruch, eine sozialistische zu sein, erfolgen wird oder nicht.

Wir halten z.B. die Zeitschrift "links" auch nicht für das non-plus-ultra linker Gegenöffentlichkeit - ganz im Gegenteil scheint uns, daß dort einige Genossen ihre verdrängten Schriftstellerallüren austoben.

Die REdaktion dieser Zeitung und der daran angegliederte Arbeitsausschuß des Sobü geben uns aber die Möglichkeit , durch eigene Artikel und Berichte von Basisaktivitäten auf den Inhalt dieser Zeitung einzuwirken.

Wir mußten uns vom Sobü die berechtigte Kritik gefallen lassen , daß wir es bisher versäumt haben, eigene Vorstellungen aus dem Hochschulbereich heranzutragen an den Arbeitsausschuß usw, und wir bisher an der Universität noch kaum Fuß gefaßt haben.

Die Jusotendenzen innerhalb des Sobü werden nicht überwunden durch "Ausschlußverfahren" oder ähnlichem , sondern indem wir theoretisch und praktisch ernstzunehmende Alternativen zu dem geradeauch in der Arbeiterklasse stark verankerten Sozialdemokratismus entwickeln.

Die lockere Kooperationsform des Sobü und der sozialistischen Zentren, die grundsätzlich bei "IL Manifesto" in Italien ihr Vorbild findet, erscheint uns bisher trotz allem der einzige organisatorische Ansatz, der die hier thematisierte Vermittlung von Einzelerfahrung und gesellschaftlicher Totalität zur Ergreifung der Macht zu bewirken in der Lage ist.

Die Frage des Reformismus löst sich nicht durch organisatorische Abstinenz oder durch sterile Blockbildung wie im KBW, sondern aus der Zusammenarbeit mit denen heraus , die auf dem Reformtrip sind. Auch hier wird die Frage kooperativer Arbeit ausschlaggebend sein.

(Auf die Reformismusfrage werden hier in einem der nächsten "Carlo Spontis" näher eingehen , um dann das Verhältnis des Reformismus zu "Emanzipation" oder "Bedürfnisorientiertheit" näher zu beleuchten, eine Abgrenzung zu unseren Vorstellungen vorzunehmen).

Von uns und nicht von den Jusos hängt ab, was aus dem Sobü wird.

H.B.
nach Diskussionen innerhalb des Arbeitskreis sozialistischer Hochschulgruppen (AK / SHG).

Wer diesen Artikel verstanden hat (?) wird folgende Karikaturen einzuordnen wissen :

1.

2.

3. DER AK/SHG TRIFFT SICH "DONNERSTAGS 20°° CA RAUM 3"

Anmerkung:

Innerhalb des Arbeitskreises Sozialistischer Hochschulgruppen (AK/SHG) wurden vor allem drei Punkte in diesem Artikel kritisiert:

1. Ob die in dem Artikel behauptete Gleichsetzung einer Aktiengesellschaft mit einem "proletarischen Staat", wie ihn der KBW bestimmt, richtig ist; ob man nicht auch die Vorteile einer reinen Verstaatlichung ohne Vergesellschaftung gegenüber einer kapitalistischen Ordnung betonen müsse.
2. Ob der ganze KBW eine Räterepublik nur scheinbar anstrebt. Immerhin wehren sich eine ganze Reihe von Genossen gegen die Behauptung des ZK, nicht das Volk, sondern der "proletarische Staat" wäre allein zur Kontrolle der Hochschulen fähig. Auch erhebt sich Widerspruch gegen die Anmaßung des ZK, diejenigen Genossen zu bestimmen (!), die auf überlokaler Ebene die Leitung der kommunistischen Fraktion im VDS und anderen studentischen Vertretungskörperschaften übernehmen.
3. Ob im KBW das demokratische Moment so weit ausgeschaltet ist, daß man von "Kadavergehorsam" und ähnlichem reden kann.

Wir haben dennoch diesen Artikel unverändert gelassen, weil er sonst eine Einheitlichkeit und Abgeschlossenheit der Diskussion bei uns vortäuschen würde, die bei uns in vielen Fragen noch nicht vorhanden ist.

AK/SHG
(Redaktionsausschuß)

Im letzten Carlo Sponti wurde vergessen:

die Pädagogengruppe

trifft sich Montags, 20 Uhr, CA, Raum 3

Zum Frankfurter Aprilseminar: Politische Praxis und persönliche Emanzipation.

Von Karfreitag bis Ostermontag fand in Frankfurt das 2. Seminar über die Verbindung von politischer Praxis und persönlicher Emanzipation statt.
Anders als das erste Treffen im April 73 war es diesmal ein organisatorisch recht gut vorbereitetes Seminar. Während das Treffen vom Jahr zuvor kaum über einen allgemeinen Erfahrungsaustausch und das Sichkennenlernen verschiedener Gruppen und "Einzelkämpfer" der undogmatischen Linken hinausging (was damals von den meisten Teilnehmern als positive Erfahrung erlebt wurde), ging die Zielsetzung des zweiten Seminars erheblich weiter.

Wie's laufen sollte :

Das Frankfurter Vorbereitungskomitee hatte für das Seminar folgende Aufgaben vorgeschlagen : WEiterentwicklung der verschiedenen theoretischen und praktischen Ansätze ; die Erarbeitung einer positiven Alternative gegenüber Parteiaufbauern, Revisionisten und Réformisten (Um endlich aus der nur negativen Abgrenzung als "nichtdogmatische und nichtrevisionistische Linke" herauszukommen); Schritte zur überregionalen Koordinierung und Organisation des difus als "Emanzipationsbewegung" bezeichneten Teils der BRD - Linken, der die Einbeziehung des subjektiven Faktors als wesentliches Moment sozialistischer Politik sieht (konkrete Vorschläge waren : Aufbau einer Koordinierungsstelle in Frankfurt und Herausgabe einer Zeitschrift).
Das Seminar war eingeteilt in Plenen, Arbeitsgruppen, Teilplenen verschiedener Arbeitsgruppen und einem "Rahmenprogramm" : Theater, Fete, Filme.
Die Arbeitsgruppen (cirka 15 bis 2o) wurden teils nch Praxisbereichen (zB Frauenarbeit, Hochschule, Knastarbeit) teils nach die Praxisbereichen übergreifenden Themen eingeteilt (z.B. Verhältnis von Emanzipation und Disziplin; neue Verkehrsformen und Kommunikationsstrukturen; Probleme der Theorieaneignung).

Wie' s dann wirklich lief :

Trotz relativ guter Vorbereitung - eine ganze Reihe von Arbeitsgruppen waren von einzelnen Gruppen vorbereitet worden ; teilweise lagen Papiere und Referate für die Plenen vor) - lief von Anfang an das meiste schief. Die überfüllten Plenen (ca. tausend Leute) waren weitgehend ein frustrierendes aggressionsgeladenes Hickhack. Z. B. das erste Plenum : Ein Berliner Genosse vom "langen Marsch" hielt ein relativ theoretisches Referat . Er hatte noch nicht viel gesagt, schon wurde er angeschossen: Er solle nicht so abstrakt labern, lieber von seinen unmittelbaren Erfahrungen berichten. Als er sich dann große Mühe gab, mehr konkrete Beispiele zu bringen, wurde er sofort von anderen kritisiert, er sei zu konkretistisch. Großes Tohuwabohu. Schließlich brach er das Referat ab.

Auch die Arbeitsgruppen hielten zum großen Teil nicht die Erwartungen, die man in sie gesetzt hatte. Wie schon beim ersten Seminar kam man oft über den Erfahrungsaustausch nicht hinaus.
Im Arbeitskreis Hochschule , an dem ich teilnahm, lief das z.B. so ab: Ein großer Teil der zur Verfügung stehenden Zeit verging mit Vorstellungen der Anwesenden Gruppen und Einzelnen und mit Erfahrungsberichten. Dann wurde lange darüber diskutiert welche Themen wir nun diskutieren sollen. Schließlich teilten wir uns in zwei Gruppen, eine mit dem Thema Projektstudium (Arbeitsbereiche für Studenten außerhalb der Uni), die andere mit dem Thema: Ansätze an der Uni selbst. In dieser zweiten Gruppe diskutierten wir dann verschiedene Themen an, waren aber bald frustriert, weil die Diskussion so in der Luft hing und sehr beliebig war. Schließlich kamen wir zu dem SChluß, daß wir überregionale Treffen zu bestimmten, eng eingegrenzten Themen machen sollten, die von allen Teilnehmern gut vorbereitet werden müssten. Wir einigten uns ziemlich schnell auf das Thema Hochschulrahmengesetz. Sogar die organisatorischen Fragen planten wir schon. Dann trafen wir wieder mit der Gruppe Projektstudium zusammen, und di erklärten , daß die Arbeit an der Hochschule völlig für die Katz sei und daß Studenten sich vielmehr Praxisbereiche außerhalb der Uni suchen sollten (z.B. Häuserkampf). Deshalb hätten sie auf so ein überregionales Treffen überhaupt keinen Bock. Resultat : Allgemeine Verwirrung und Frustration. Ob aus dem geplanten Treffen was wird ist unklar (Letzte Meldung : ich habe soeben einen Brief bekommen, daß es stattfindet. Wenigstens etwas).
Seht agressiv und zerfahren verlief auch das Schlußplenum, auf dem eigentlich konkrete SChritte der weiteren Zusammenarbeit beschlossen werden sollten. Das hat mich so frustriert, daß ich vor SChluß abgereist bin. Ob da also hinsichtlich der Frankfurter Koordinationsstelle und der Zeitung noch was beschlossen wurde,weiß ich nicht (Hier bleibt das Protokoll des Seminars abzuwarten, das demnächst irgenwann einmal erscheinen soll).

Warum lief' s schief ?

Im Großen und Ganzen halte ich das April - Seminar für einen Mißerfolg. Und Woran lag's ? - Zunächst sicherlich daran, daß es so unheimlich viele Leute waren (mehr als 1ooo). Die Plena und Arbeitsgruppen waren einfach überfüllt.
Eine wichtige Rolle spielte auch das Unverständnis und die mangelnde Toleranz für die unterschiedlicher Ansätze anderer Gruppen, die bei vielen Teilnehmern zum Vorschein kamen, Oft entstand in Diskussionen eine starke Polarisierung zwischen "Super- Spontis", (die nichts wollten als Erfahrungen auszutauschen, was praktisches machen, sich wohlfühlen) und "Theoreten" (die theoretische Arbeit für wichtig halten, was von den Super Spontis nicht akzeptiert wurde).
Meiner Ansicht nach ging der Mißerfolg vieler Diskussionen vor allem zu Lasten der Super Spontis, die zB auf dem ersten Plenum einfach nicht in der Lage waren, mal jemanden 15 Minuten lang seine Gedanken entwickeln zu lassen. Wenn man auch dann, wenn ein Genosse versucht , einem was mitzuteilen, gleich autoritäre Strukturen und Repressionen wittert, nur weil der Genosse in seinem Réferat etwas theoretisch abstrakt wird, dann - finde ich- wirds bedenklich.
Schließlich die Situation in den Arbeitsgruppen : Viele Genossen kamen unvorbereiet, in Konsumentenhaltung, und warteten darauf, daß die anderen was boten. Die warteten aber auf das Gleiche. Was fehlte, war eine intensive Vorberitung der Themen , der Arbeitsgruppen durch die Teilnehmer der AGs.

Wies besser laufen könnte :

Überhaupt fragt sich, ob solche Mammutseminare wie das Frankfurter April- Seminar noch was bringen können. Sinnvoller wären kleinere Treffen zu eng eingegrenzten Themen, am besten jeweils Treffen für bestimmte Arbeitsbereiche (Also z.B. ein Treffen für Hochschulgruppen, eins für Stadtteilgruppen usw) Damit dise Treffen uns auch inhaltlich weiterbringen, müßte eine optimale Vorbereitung gewährleistet sein : Man müßte sich auf ein eng eingegrenztes Thema einigen. Literatur festlegen und rechtzeitig vor dem Treffen Thesenpapiere an die Teilnehmer schicken.(Am besten wäre es, wenn eine Gruppe das übernimmt).Die Literatur und die Thesenpapiere müssen dann aber auch wirklich von allen Teilhehmern vor dem Treffen durchgearbeitet werden. Möglichst sollten Gruppen, die zu dem Treffen kommen wollen, das Thema schon vordiskutieren(So etwa hatten wirs in der AG Hochschule mit der Tagung über das Hochschulrahmengestz auch geplant).Der Vorteil solcher Treffen : Es kommen Leute mit einem bestimmten inhaltlichen Interesse, sind vorbereitet; es sind auch weniger Teilnehmer. Unter solchen Bedingungen könnte eine Tagung die Teilnehmer tatsächlich weiterbringen.

Wie's weiter laufen könnte :

Bis hierhin habe ich vorwiegend organisatorische Gründe für den Mißerfolg des 2. "Emanzipationsseminars" angegeben. Diese erscheinen mir auch als die wesentlichen Gründe für den Frankfurter Frust. Aber noch etwas anderes hat Frankfurt gezeigt: Es bringt nicht mehr viel und führt zur Frustration, wenn man immer wieder auf einer allgemeinen Ebene über Emanzipation redet. Das ist in anderthalb Jahren seit dem Erscheinen des Duhm-Papiers, das das Wiederaufleben der Emanzipationsdebatte markierte, zur Genüge geschehen. Worum es jetzt gehen muß- wenn die Emanzipationsdebatte nicht im Sande verlaufen soll - ist, die Verwirklichung emanzipatorischer Ansätze im jeweiligen Praxisbereich in Angriff zu nehmen. Also z.B. : Eine Heidelberger Hochschulgruppe sollte nicht abstrakt die "Verbindung von politischer Arbeit und persönlicher Emanzipation" als Dreh- und Angelpunkt ihrer Arbeit formulieren, sondern sie sollte sich fragen, wie sie konkret in die Politik, die sie (ohnehin schon) macht, emanzipatorische Ansätze hineinbringen kann (also z.B. in die Wissenschaftskritik, in die Aufklärung über die kapitalistische Hochschulreform, in die Gruppenstrukturen).

Rainer aus dem ASP

Rainers Beschreibung stimme ish soweit zu. Was mir besonders auffiel, war die schnelle Bereitschaft der Seminarteilnehmer, andere in die Pfanne zu hauen, sobald sie etwas von der eigenen Meinung abweichendes sagten oder in ihren Verhalten von den ungeschriebenen Normen abwichen. Schlimm fand ich auch die Anonymität, das Gefühl der Verlorenheit in der Masse (wahrscheinlich ist das bei einer solchen Teilnehmerzahl auch gar nicht zu durchbrechen - oder zeigt sich bei uns auch in diesem Punkt die Konsumentenhaltung: man wartet darauf, daß von "den anderen" erst mal was ausgeht?).

In der AG Frauenarbeit, an der ich teilnahm, zeigten sich vor allem zwei unterschiedliche Erwartungen: zum einen die Frauen, die schon länger in Frauengruppen mitarbeiten und vor allem Erfahrungen über Schwierigkeiten, die Arbeit im Frauenzentrum usw. austauschen und diskutieren wollten, wie's weitergehen soll, wie man z.B. das vorwiegend studentische Milieu verlassen kann; zum anderen die Frauen, die erst begonnen haben, sich für die Frauenbewegung zu interessieren und sich vor allem über die Frauengruppen informieren wollten. In den Untergruppen lief die Diskussion unterschiedlich: In der Gruppe "Schwierigkeiten bei Frauenarbeit" , in der ich war, verlief vielleicht auch wegen der geringen Teilnehmerzahl, die Diskussion ziemlich aggressionsfrei; es war uns möglich,aufeinander einzugehen, obwohl wir in unserem Thema nicht viel weiterkamen; in anderern Untergruppen zeigten sich die in gemischten politischen Gruppen so häufig auftretenden Strukturen; einige Frauen redeten stundenlang, und über die Köpfe der anderen hinweg, die es ihrerseits nicht schafften, sich gegen die Wortführerinnen durchzusetzen.- Leider habe ich ausgerechnet die Aktion der Frauen am Sonntagabend verpaßt, kann also dazu nichts sagen. Allerdings fiel mir auf, als ich etwas später kam, daß eine ungeheure Aufregung im Plenum herrschte; anscheinend hatte die Aktion ziemliche Emotionen bei den Seminarteilnehmern freigesetzt.

Elisabeth